

Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei

Autor(en): **Schwarz, Theodor**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **29 (1950)**

Heft 8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-336484>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Entwicklung der Landwirtschaft in der Tschechoslowakei

Ein Besuch in der großen Landwirtschaftlichen Ausstellung in Bratislava Ende 1949 zeigte ein durchaus ähnliches Bild wie irgendeine schweizerische bäuerliche Ausstellung. Dieser erste Eindruck rührt daher, daß die Landwirtschaft in der Tschechoslowakei auf derselben wirtschaftlichen Grundlage, nämlich dem bäuerlichen Privateigentum am Boden, beruht. Auch der Prozeß der Mechanisierung und Motorisierung der Landwirtschaft, der seit 1945 in steigendem Maße eingesetzt hat, erinnert an entsprechende Vorgänge bei uns. Völlig verschieden ist dagegen die Gesamtwirtschaft, innerhalb der sich die Umgestaltung der Landwirtschaft vollzieht. Das Eindringen des Kapitals in den bäuerlichen Betrieb geht in der Tschechoslowakei auf der Grundlage einer nationalisierten Industrie und der staatlich gelenkten Planwirtschaft vor sich. Wohl interveniert auch bei uns der Staat in mannigfacher Weise in der Landwirtschaft, doch ist eine derartige Lenkung und Planung der bäuerlichen privaten Produktion wie in der Tschechoslowakei unter kapitalistischen Verhältnissen undenkbar. Entscheidend ist vor allem, daß an Stelle des Bankkapitals der Staat die Modernisierung der Landwirtschaft finanziert. Damit ist von vornherein eine Verschuldung der Bauern an das Privatkapital ausgeschlossen.

Auch die Vorbedingungen der Modernisierung der Landwirtschaft unterscheiden sich stark von den schweizerischen Verhältnissen.

Der tschechoslowakische Bauer ist zum Teil erst seit der Revolution von 1945 Eigentümer des Bodens geworden. Ferner ist die bäuerliche Wirtschaft in gewissen Landesteilen, wie etwa der Ostslowakei, noch äußerst rückständig. Dazu trat die Zerrüttung der Landwirtschaft durch die Kriegshandlungen, und schließlich erschwerte die furchtbare Dürre des Sommers 1947 den Wiederaufbau. Diese Voraussetzungen muß man sich vor Augen halten, um einen Maßstab für das bisher Geleistete zu gewinnen.

I. Die neue Bodenreform

Im Westen herrschen gewöhnlich irrige Vorstellungen über das Ausmaß und den Charakter der ersten tschechoslowakischen Bodenreform von 1918, die noch von Masaryk und Benesch entworfen wurde. An sich schuf diese erste

Bodenreform ausreichende gesetzliche Grundlagen, um eine radikale Beseitigung des Großgrundbesitzes zu ermöglichen. Infolge der Sabotage der Partei der großen Agrarier und ihrer großbürgerlichen Helfershelfer blieb die erste Bodenreform ein Fetzen Papier. Zwanzig Jahre nach der «Durchführung» der Reform verblieben an die 60 Prozent des zur Beschlagnahme bestimmten Großgrundbesitzes noch in den Händen der Gutsherren. So besaßen 2000 Gutsbesitzer 400 000 Hektaren besten Acker- und Waldbodens. Auch die Verteilung des tatsächlich beschlagnahmten Bodens wurde ins Gegenteil umgebogen. Es wurden nämlich 200 000 Hektaren in 2000 sogenannte Restgüter umgewandelt und in die Hände von Nichtlandwirten, Privatkapitalisten, Politikastern oder — reichen Großgrundbesitzern verschoben. Nur der zersplitterte, abseits gelegene und wenig fruchtbare Boden, insgesamt 640 000 Hektaren, wurde unter 630 000 landlose Bauern verteilt. Noch skandalöser ging die Verteilung der beschlagnahmten Wälder vor sich. So verblieben in der Slowakei von 750 000 Hektaren beschlagnahmten Bodens 500 000 Hektaren Wald in den Händen der Gutsbesitzer. Die Hintertreibung der Bodenreform enthüllte frühzeitig die auch rein nationalpolitisch bedenkliche Haltung der Agrarpartei. Setzten sich doch die Gutsbesitzer überwiegend aus fremdstämmigen, deutschen, österreichischen und in der Slowakei ungarischen Adeligen zusammen. Ihr Bodenbesitz war Raubgut, das sich die kaiserlichen Generäle und Söldnerführer einst nach der Schlacht am Weißen Berge, dem Unglückstag des Tschechentums, gewaltsam angeeignet hatten. Es wäre eine nationale Notwendigkeit gewesen, diesen feudalen ausländischen Grundbesitz in den Grenzgebieten der Republik unter tschechische und slowakische Bauern zu verteilen. Eine derartige national-revolutionäre und demokratische Maßnahme hätte die eine gefährliche Anschlußpropaganda betreibenden Adelsnester zerstört. (Bezeichnenderweise sabotierte die Agrarpartei unter der Führung Berans nicht nur die Bodenreform, sondern erwies sich auch vor, während und nach München als Partei der Kapitulation vor Hitler). Nach der Okkupation verstärkte die ultrareaktionäre Nazipartei die Stellung der deutschen und ungarischen adeligen Großgrundbesitzer im ganzen Lande. Hitler und Himmler planten sogar die Aussiedlung und Massenvernichtung der tschechoslowakischen Bauern nach dem Endsiege zugunsten der deutschen Barone.

Nach der Befreiung des Landes 1945 waren die sozialen und die politischen Voraussetzungen gegeben, um eine rasche und radikale Bodenreform ohne Entschädigung durchzuführen. Der feudale Großgrundbesitz wurde restlos beseitigt, wobei der Boden zu 90 Prozent in das Privateigentum der Bauern überging. Auch der bäuerliche Zwergbesitz verschwand in den Grenzgebieten, da durch die Aussiedlungen der Deutschen weiterer Boden frei wurde.

Der nicht besiedelbare Boden in Gebirgsgegenden eignete sich dagegen nicht zur privaten Aufteilung. Er verblieb aber auch nicht in den Händen des Staates, sondern wurde Alpengenossenschaften, die nach schweizerischem Muster organisiert wurden, übergeben. Man muß sich aber bewußt sein, daß nicht überall eine ergiebige Alpwirtschaft nach schweizerischem Muster errichtet werden kann. Die klimatischen Voraussetzungen zum Beispiel in der Hohen Tatra sind anders geartet. In Höhen, wo bei uns fruchtbare Alpen liegen, fehlen die Bergweiden. (Ein ähnlicher Unterschied gilt, nebenbei bemerkt, auch für die Klimakurorte in der Hohen Tatra, die den Winden weit mehr ausgesetzt sind als unsere Alpentäler.)

Die Bodenreform gibt auch die Möglichkeit der Bildung von Produktionsgenossenschaften auf freiwilliger Grundlage, also der Schaffung kollektivistischen Bodenbesitzes. Doch ist diese Möglichkeit bis jetzt wenig benutzt worden. Im ganzen sind nicht viel mehr als 2000 Hektaren Boden in Kollektivbesitz. Im Gegensatz etwa zu Ungarn steht also die Tschechoslowakei, was die Sozialisierung der Landwirtschaft anbetrifft, noch völlig am Anfang. Das Eindringen kollektivistischen Denkens ins Dorf soll auch weiterhin nicht auf dem Wege der Gründung von Kollektiven erfolgen, sondern auf dem Umwege der Bildung von Genossenschaften der privat wirtschaftenden Bauern (zum Beispiel Einkaufs- und Absatzgenossenschaften und Maschinengenossenschaften).

Hingegen triumphierte die Sozialisierung bei der Beschlagnahmung der Schlösser und Wälder des Adels. Die auch kunstgeschichtlich meistens höchst wertvollen Schlösser wurden dem Staat in Obhut gegeben und zum Teil in Kinderheime, Erholungsheime usw. umgewandelt. Der beschlagnahmte Waldboden wurde ebenfalls verstaatlicht, da man den Wald wegen seiner großen Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft nicht dem Raubbau Privater ausliefern wollte.

Wichtig war die Beseitigung der Güterzersplitterung in den Grenzgebieten, ein Problem, das jetzt auch in den alten Bauernwirtschaften, die auf dem nicht beschlagnahmten Boden bestehen, gelöst werden muß.

Schließlich sei noch erwähnt, daß der Staat in großzügiger Weise den Neusiedlern auf dem beschlagnahmten Boden Hilfe zur Festigung ihrer Betriebe leistete.

Im übrigen sei unterstrichen, daß außer auf dem beschlagnahmten Großgrundbesitz nirgends in der Republik eine Verstaatlichung oder Kollektivisierung des Bodens vorgenommen wurde. Auch der städtische Haus- und Grundbesitz blieb — trotz Wohnungsnot infolge der Bombardierungsschäden — völlig unangetastet. Eine Ausnahme bilden die sogenannten Konfiskate, Häuser

geflohener Nazi und Kollaboranten, die aber vom Staat wieder an Private verkauft werden.

Der Februar 1948 brachte lediglich eine Beschleunigung der Agrarreform vor allem in der Slowakei mit sich.

II. Planung in der Landwirtschaft

Die Planung in der Landwirtschaft kann, da es sich um einen privatwirtschaftlichen Sektor handelt, naturgemäß nur eine indirekte sein. Trotzdem besteht eine ausgesprochene Planung, die ihre Ziele indirekt, durch Ablieferungsquoten, Schaffung eines freien Marktes, Preispolitik, Staatshilfe an die Bauern, genossenschaftlichen Zusammenschluß und Propagandaeinsatz, zu erreichen sucht. Eine gewisse Erleichterung der Planung in der Landwirtschaft besteht darin, daß alle andern Gebiete der Volkswirtschaft, Handel, Kredit, Industrie, Transport, infolge der wirklich weitgehenden Sozialisierung der staatlichen Planung direkt unterstehen. Als besonders wichtiges Instrument erweist sich für die Regelung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse das Außenhandelsmonopol.

Die Planung erfolgt nach dem obersten Prinzip des Fünfjahresplans, der die Verwandlung der Slowakei aus einem vorwiegend agrarischen Gebiet in ein Land mit vorwiegender Industrieproduktion vorsieht. Die Industrialisierung der Slowakei, der in Böhmen und Mähren die Verlagerung der Industrie auf die Schwerindustrie entspricht, erfordert zusätzliche neue Arbeitskräfte. In der Slowakei benötigt die Durchführung des Fünfjahresplans allein 90 000 neue Arbeitskräfte, die vor allem aus der Bauernschaft geschöpft werden müssen. Die bisherige Industrialisierung beseitigte bereits die relative Überbevölkerung der Slowakei, die stets den Lebensstandard niedergehalten hatte. Waren doch in den letzten vierzig Jahren über 700 000 Bauern zur Auswanderung nach Übersee gezwungen gewesen. Heute aber stellt sich die Frage der Arbeitskräfte schon anders. Jetzt gilt es vor allem durch die Mechanisierung und Motorisierung der Landwirtschaft, Arbeitskräfte für die Industriearbeit freizusetzen.

Ein zweiter Grundgedanke der Planung ist die qualitative Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und damit die Verbesserung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung. Dieses Ziel wird durch die Vergrößerung der animalischen Produktion und die ihr entsprechenden strukturellen Veränderungen im Pflanzenanbau erreicht. (Vermehrung der Weideplätze, erhöhter Anbau von Futterpflanzen.) Sehr ernsthaft diskutiert und studiert werden unter die-

sem Gesichtspunkt auch die Ergebnisse der Agrarbiologie Mitschurins und Lyssenkos. Anders ausgedrückt: Der Bauer soll mehr Vieh und Geflügel halten, die Bevölkerung soll mehr Milchprodukte, Gemüse, Fleisch und Eier als Brot und Kartoffeln essen.

Hier stößt aber der Fünfjahresplan auf gewaltige Hindernisse. Milch ist nicht nur wie andere Lebensmittel, die es reichlich gibt, noch rationiert, sondern ist tatsächlich knapp vorhanden. Die Frage des Kellners in Gaststätten, ob man schwarzen oder hellen Kaffee wünsche, ist meist rein rhetorisch. Wohl bessert sich von Monat zu Monat die Zuteilung an Milch, gewiß bekommen Kranke, Kinder und Schwerarbeiter besondere Zuteilungen, aber trotzdem besteht der Engpaß in der Milchversorgung weiter. Die Hauptursache bildet die Dezimierung des Viehbestandes infolge der Kriegshandlungen und Brandschatzungen der deutschen Truppen. Dazu kam die furchtbare Dürre des Sommers 1947, die beim Mangel an Futter zu vermehrten Schlachtungen führte. Bekanntlich benötigt aber die Aufzucht von Vieh mehrere Jahre.

Bedeutende Erfolge wurden in der Ausrüstung der Landwirtschaft mit Maschinen und Traktoren erzielt. Die Motorisierung und Mechanisierung der Landwirtschaft bildet die technische Grundlage des genossenschaftlichen Zusammenschlusses. Die Maschinen gehören staatlichen Ausleihstationen und werden an die Bauerngenossenschaften ausgeliehen, die sie den einzelnen Bauern zur Verfügung stellen. Vielfach gehören Maschinen auch direkt den bäuerlichen Genossenschaften. Auf diese Weise lernt der rückständige Bauer die Vorteile des Zusammenschlusses, der kollektiven Zusammenarbeit kennen — er macht eine Vorschule durch, die ihn auf eine spätere Kollektivisierung vorbereitet. Die Errichtung von Kolchoswirtschaften ist allerdings kein Ziel des Fünfjahresplans, und es gibt auch keinerlei Propaganda für einen freiwilligen Zusammenschluß zur Kolchose. Hierin unterscheidet sich, wie gesagt, die Agrarpolitik der Tschechoslowakei radikal von der Planwirtschaft in Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Es darf nicht übersehen werden, daß im Gegensatz zu den genannten Ländern das freie Bauerntum in der Tschechoslowakei den feudalen Grundbesitz an Bedeutung übertraf und über eine alte geschichtliche Tradition verfügt. Man denke nur an die Rolle der tschechischen Bauern in den Hussitenkriegen. Eine Kollektivisierung der Landwirtschaft würde auf die entschiedene Ablehnung der Bauernmassen stoßen.

Ein Gegenwartsproblem ist dagegen die Bereicherung des Bauern unter der neuen Ordnung. Zur Sicherstellung der Versorgung der städtischen Arbeiter- und Angestelltenschichten ist zwar ein Ablieferungszwang für Getreide eingeführt worden. Dadurch wurde verhindert, daß der Schwarzhandel das Korn aufkaufte und dem Massenverbrauch entzog. Doch produziert der Bauer weit

über das Ablieferungssoll hinaus. Ursprünglich wanderte diese Produktion auf den Schwarzen Markt. Aus diesem Grunde schuf der Staat den sogenannten Freien Markt mit etwas höheren Preisen, um den Schwarzhandel, das Krebsübel der Nachkriegszeit, zu beseitigen. Dieser Freie Markt bedeutet eine Quelle der Bereicherung für den Bauern. Zum erstenmal in der Geschichte ist es dem slowakischen Bauern möglich geworden, sich solche Gebrauchsgüter wie Seidenstoffe, feine Bettwäsche, Radioapparate usw. zu kaufen. Da und dort führten die wachsenden Bargeldeinnahmen der Bauern zu Hamsterkäufen. Wiederholte Preisherabsetzungen auf Gebrauchsgütern haben diesem Übelstand abgeholfen. Trotzdem bleibt das Problem des reichgewordenen Großbauern weiterbestehen, der zwar von der neuen Ordnung profitiert, ihr aber als kleiner Kapitalist und Geschäftemacher feindlich gegenübersteht und vor allem den genossenschaftlichen Zusammenschluß seiner ärmeren Dorfgenossen bekämpft. Der Kampf gegen diese Gruppe von Großbauern wird zwar sehr behutsam geführt — aber er wird durchgekämpft. Vor allem wird die Genossenschaft zur Stütze der ärmeren Bauern, indem man es verunmöglicht, daß sich in Zukunft etwa Maschinen und Traktoren beim reichen Bauern konzentrieren. Eine Abhängigkeit der ärmeren Bauern von den Großbauern durch die Ausleihe von Zugtieren, Traktoren und Maschinen wird durch den genossenschaftlichen Besitz dieser Produktionsmittel verhindert.

Am schwierigsten sind die Verhältnisse in dieser Richtung in der Slowakei. Der klerikale Einfluß ist hier am bedeutendsten. Auf Schritt und Tritt weisen die prunkvollen Barockkirchen auf die alte Macht der Kirche hin. Selbst in der Hauptstadt Bratislava unterstreichen die blumengeschmückten Heiligenbilder und Wegkreuze an den Straßen die kirchliche Haltung breiter Schichten. Auch die unterwürfigen feudalen Lebensgewohnheiten weichen nur langsam. Ehrerbietig küßt heute noch das südslowakische Dienstmädchen der Dienstherrin die Hand. Für den wundergläubigen, rückständigen Bauern ist nach wie vor der Dorfpfarrer die oberste Autorität. Der slowakische Klerus selbst hat sich seit jeher stark politisch betätigt.

Sogar die aktive Beteiligung des Klerus am slowakischen Staat des Monsignore Tiso hat dem Ansehen der Kirche auf dem Lande wenig Einbuße gebracht. Eine Bresche in diese klerikale Opposition schlug neuerdings die Zustimmung der niederen Geistlichkeit zum Regime. Am Sonntag ertönen sogar aus dem Radio kommunistische Sonntagspredigten von Geistlichen, die offen für das neue System eintreten. Doch die kirchliche Macht besteht weiter, und es ist offensichtlich, daß man diesem Umstand Rechnung trägt: Sitzt doch in der Prager Zentralregierung ein Geistlicher, und in der slowakischen Regierung ist der Klerus durch zwei Priester vertreten.

Letzten Endes kann die Kirchenfrage nur durch die Umwandlung der Slowakei in einen Industriestaat gelöst werden. Das Wachstum der Industriearbeiterschaft, das Ansteigen der städtischen Angestelltenschichten, der Einzug der modernen Kultur ins Dorf wird erst den politischen Einfluß der Kirche mindern. In Böhmen und Mähren liegen die Dinge anders. Der Katholizismus ist dort seit den Hussitenkriegen nie mehr eine ausgesprochene Macht gewesen.

Durch die Industrialisierung wird auch die Kluft, die den Slowaken vom Tschechen trennt, überbrückt. Die Verschiedenheit der beiden Völker wurde vor allem verschärft durch die wirtschaftliche, technische und kulturelle Rückständigkeit der Slowakei. Der Fünfjahresplan sieht deshalb vor, auch auf dem Dorfe den Unterschied zwischen tschechischer und slowakischer Bevölkerung aufzuheben.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß das Programm der Entwicklung der Landwirtschaft bereits auf wirtschaftlichem wie auf kulturellem Gebiet gewichtige Erfolge aufzuweisen hat.

J. W. BRÜGEL

Die Lösung des Kolonialproblems — eine sozialistische Aufgabe

Die Ungelöstheit des Kolonialproblems bedrückt mit Recht das Gewissen jedes wahren Sozialisten. Es ist nur recht und billig, daß wir immer wieder nachprüfen, ob die sozialistische Arbeiterbewegung dort, wo sie die Macht dazu hat, einen genügend großen und genügend energischen Beitrag dazu leistet, daß jene Völker der Erde, die sich noch keiner Selbstregierung erfreuen, in die Lage versetzt werden, sobald als möglich die Voraussetzungen dazu zu erlangen. Jede gegenüber dem bisher Erreichten kritische Stellungnahme ist daher erwünscht, da sie zu höheren Anstrengungen anspornt; aber das gilt nur für eine Stellungnahme, die, mag sie die Schattenseiten der Kolonialpolitik, für die Sozialisten verantwortlich sind, noch so stark betonen, ihre Lichtseiten nicht verschweigt oder tendenziös bagatellisiert. Letzteres gilt leider für die Analyse, der Paul Furrer¹ die Kolonialpolitik der britischen

¹ Paul Furrer, Labour Party und Kolonialproblem («Rote Revue», Heft 5, 1950) und vom gleichen Autor: Internationaler Sozialismus und das englische Kolonialproblem (Heft 4, 1949), schließlich Millicent Furrer-Proud, Westlicher Sozialismus und der Hunger der Welt (Heft 12, 1949).